

DIE ZUKUNFT EUROPAS





INTERVIEW Diversität als Erfolgsfaktor

Seite 4



VORARLBERG
Neuer Info-Folder
"Betriebliche Kinderbetreuung"

Seite 10

Österreichische Post AG, MZ 03Z034897 M Vereinigung der österreichischen Industrie, Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien Von Zielkonflikten, Kaffeekapselverboten und anderen Unwägbarkeiten.

europäische Legislativmaschinerie läuft nach der Sommerpause auf Hochtouren weiter - kaum ein Dossier ist dabei so präsent wie der Kommissionsvorschlag zur Verpackungsverordnung. Aus Sicht der Industrie stehen hier ambitionierte Zielsetzungen praxisfernen bzw. ineffizienten und überdetaillierten Regelungsansätzen gegenüber. Anekdotisches i-Tüpfelchen war hierbei der ursprüngliche Vorschlag, dass u.a. Kaffeekapseln kompostierbar zu sein haben.

Intendierte positive Effekte auf Umwelt und Binnenmarkt werden durch gewisse Bestimmungen des Entwurfs teils gänzlich konterkariert. Wichtig wäre etwa, erstens, Re-Use- und Recyclingansätze sowie unterschiedliche Stoffströme nicht gegeneinander auszuspielen, sondern komplementär unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu forcieren, zweitens die Vielzahl von Bestimmungen, die mittels delegierter Rechtsakte konkretisiert werden sollen, in enger Abstimmung mit relevanten Stakeholdern aus der Industrie zu entwickeln und drittens national gut funktionierende Systeme zur Sammlung von Abfallströmen weiterhin zu ermöglichen.

Rezente Diskussionen in Parlament und Rat verdeutlichen diese Eckpunkte

Auf Ebene des Europäischen Parlaments haben sich gleich vier Ausschüsse der Verordnung angenommen und im Laufe des Sommers ihre jeweiligen Positionen verhandelt. Die Abstimmung im federführenden Ausschuss (ENVI) ist für den 20. September anberaumt, eine Abstimmung im Plenum könnte darauf folgend im Oktober über die Bühne gehen. Bei Durchsicht der Positionen ergibt sich ein zwiegespaltenes Bild: Einerseits gibt es erfreuliche Ansätze zur Verbesserung des Kommissionsvorschlags, wie etwa eine Ausweitung der Teilhabe von Stakeholdern (in einem sogenannten Packaging Forum), Vereinfachungen bei der Berechnung von Leerräumen bei Transportverpackungen sowie die Einschränkung der Gestaltungsmacht der Kommission durch die Festsetzung von Fristen und längere Übergangszeiten für delegierte Rechtsakte. Andererseits werden erfolgreiche bestehende Systeme, wie etwa in Österreich seit vielen Jahren etabliert, zu wenig berücksichtigt.

Die Verhandlungen der Mitgliedstaaten im Rat gehen hingegen weniger zügig voran. Die derzeit amtierende spanische Ratspräsidentschaft scheint das Dossier nicht zu ihren Prioritäten zu zählen, und so bleibt unklar, wann mit einer Ratsposition und somit einem Abschluss des Prozesses gerechnet werden kann.

Zumindest eines scheint jedoch bereits festzustehen: Aluminiumkapseln für den Kaffee bleiben uns erhalten, da sowohl im Parlament als auch im Rat die entsprechende Bestimmung aus dem Kommissionsvorschlag entfernt wurde.



Neue Bereichsleiter in der Industriellenvereinigung



GUDRUN FEUCHT

Mit 1. Oktober wird Gudrun Feucht Leiterin des Bereichs Bildung und Gesellschaft. Gudrun Feucht ist seit 2013 in der Industriellenvereinigung tätig und verantwortet inhaltlich unter anderem die Schwerpunkte Hochschulbildung und berufliche Bildung. Sie ist Geschäftsführerin des Ausschusses für Bildungspolitik und seit 2018 stellvertretende Bereichsleiterin. Sie übernimmt die Bereichsleitung von Christian Friesl, der sich künftig konzeptionellen Aufgaben und Projekten im IV-Generalsekretariat widmet.

IGOR SEKARDI

Die Leitung des Bereichs Internationale Beziehungen & Märkte (IBM) hat mit 1. September Igor Sekardi übernommen. Sekardi hat im Dezember 2013 im Rahmen des Traineeprogramms bei der IV begonnen und ist seit 2015 als Experte im Bereich IBM tätig. Seit dem Jahr 2020 hatte er die Funktion des stellvertretenden Bereichsleiters inne. Er übernimmt die Bereichsleitung von Michael Löwy, der nach 20 Jahren in der IV in die Privatwirt-



Anton-Wildgans-Preis verliehen

Der renommierte Literaturpreis der Industrie ging heuer an einen gebürtigen Kärntner, der sich literarisch im Grenzbereich zwischen Historiografie und Fiktion bewegt.

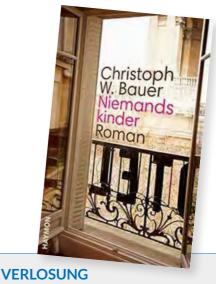
m Haus der Industrie überreichte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer Mitte September den renommierten "Literaturpreis der Österreichischen Industrie - Anton Wildgans". Die von der österreichischen Industrie gestiftete und mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung ging heuer an den Schriftsteller Christoph W. Bauer. Der gebürtige Kärntner lebt heute in Innsbruck und ist in nahezu allen literarischen Genres

"In seinen Prosaarbeiten, die vielfach im Grenzbereich zwischen Historiografie und Fiktion angesiedelt sind, dominieren Geschichten, die er im Alphabet ramponierter oder auch längst verschwundener Häuser ermittelt, sei es in Saint-Denis, sei es in Innsbruck-St. Nikolaus. Und in seinen Gedichten setzt Christoph W. Bauer mit seiner ganz

eigenen Stimme souverän alle nur denkbaren lyrischen Formen ein, um in einer schier endlosen Kette von intertextuellen Bezügen, die von Homer und Catull über Dante, Villon und Borges bis zum Punkrock reichen, immer von Neuem auf ein Spiel mit Möglichkeiten zuzusteuern, das ganz wenig übrig hat für scheinbar unverrückbare Gegebenheiten", begründete die Jury die Entscheidung für die diesjährige Preisvergabe.







"iv-positionen" verlost drei signierte Exemplare von Christoph W. Bauers "Niemandskinder" (2019). Um an der Verlosung teilzunehmen, schreiben Sie bitte ein E-Mail an positionen@iv.at

Wie schaffen wir es, dass sich mehr Menschen in Österreich Vermögen aufbauen können; dass hierzulande mehr Wertschöpfung entsteht? Darüber sollten wir reden, und nicht über die Einführung weiterer Steuern, die in Europa aus gutem Grund keine Rolle mehr spielen.



Österreich hat schon heute ein wenig leistungsfreundliches Steuersystem, das in allen Lebenslagen Abgaben vorsieht und den Faktor Arbeit hoch belastet. Das hat naturgemäß auch Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, für die die Lohnkosten ein wichtiger Faktor sind. In diesem Umfeld ist es herausfordernd, internationale Talente für Österreich zu gewinnen und so dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

Einnahmen zu lukrieren.

Vor diesem Hintergrund ist natürlich jede Debatte um neue Steuern eine absurde Themenverfehlung. Österreich ist bereits jetzt unbestritten ein Hochsteuerland. Die Abgabenquote ist mit 43,5 Prozent die

vierthöchste in der EU. Gleichzeitig gibt es bereits zahlreiche vermögensbezogene Steuern und Abgaben auf Kapital und Luxus, die mit rund 41,5 Milliarden Euro ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens einbringen - darunter die Kapitalertragsteuer, die Gewinne aus Wertpapieren mit satten 27,5 Prozent belastet und bei der Abschaffung der Vermögensteuer 1993 als Ausgleich eingeführt wurde.

Unter dem Strich heißt das: Vermögen wird in Österreich bereits besteuert, und zwar dann, wenn es geschaffen wird, sozusagen direkt an der Quelle, und nicht zu knapp. Wenn wir da noch nachlegen, dann riskieren wir nicht nur, für neue, talentierte Arbeitskräfte aus dem Ausland unattraktiv zu sein, sondern dringend benötigte, hoch qualifizierte Fachkräfte zu verlieren, die bereits hier sind. Auch Ausweichbewegungen des Kapitals sind bei der Einführung solcher Steuern hinreichend mit internationalen Beispielen belegt. Dass das eine bittere Pille für den Standort wäre, weil Kapital dann anderenorts investiert wird, liegt auf der Hand. Im europäischen Vergleich ist die Vermögenssteuer kein Zukunftskonzept, sondern ein Auslaufmodell: Österreich hat sie 1994 eingemottet, Deutschland 1997, die Niederlande 2001, Finnland und Luxemburg 2008 und Schweden 2009. Retro-Steuerpolitik liefert keinerlei brauchbare Antwort auf die vielfältigen

Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft und Wirtschaft stehen.

PS: Wer übrigens glaubt, dass jene, die für die Vermögens- und Ablebenssteuer Sturm laufen, diese Einnahmen dann für die Senkung der Steuern auf Arbeit verwenden würden, dem kann und muss dieser naive Glaube genommen werden - denn die Vermögenssteuerapologeten sind genau jene, die in den vergangenen Jahrzehnten eindrucksvoll bewiesen haben, dass Zusatzeinnahmen sofort wieder ausgegeben werden, ohne Steuern in anderen Bereichen zu senken.

Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär

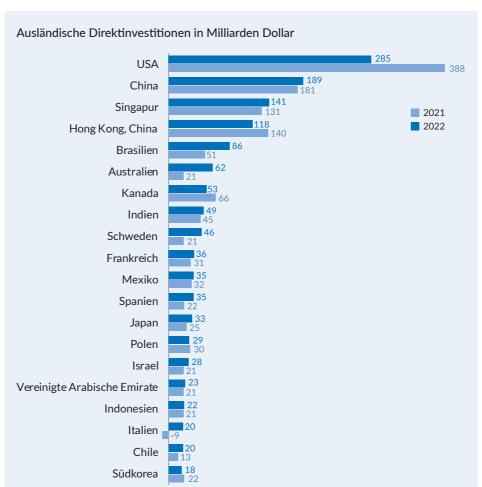


Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 8. September war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

Europa fällt als Zielregion für Investitionen im internationalen Vergleich weiter zurück. Weltweit gingen die ausländischen Direktinvestitionen 2022 um zwölf Prozent auf 1,3 Billionen Dollar zurück, wie aus dem diesiährigen World Investment Report der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) hervorgeht. Verantwortlich für den Rückgang waren vor allem Europa und die USA; am meisten wurde hingegen in China (mit Hongkong) investiert. In den Entwicklungsländern stiegen die ausländischen Direktinvestitionen um vier Prozent auf 916 Milliarden Dollar, was mehr als 70 Prozent der weltweiten Ströme entspricht und einen Rekordanteil darstellt. Insgesamt zeigen die Entwicklungen einmal mehr, dass Europa in seiner Wettbewerbsfähigkeit zurückfällt und daher aus Sicht der IV dringend an seiner Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen arbeiten sollte – allen voran an der Bekämpfung der hohen Inflation, der hohen Energiepreise und der angespannten Lage am Arbeitsmarkt. Für europäische Produzenten sollten weltweit Handelshürden abgebaut werden (Stichwort EU-Mercosur-Abkommen) - und es braucht mehr Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation.



ZAHL DES MONATS

Österreich ist seit 2018 durch die Strompreiszonentrennung zu Deutschland phasenweise vom deutschen Markt entkoppelt, das bedeutet: Sind die Kapazitäten erreicht, muss Österreich Strom aus oftmals teureren Quellen beziehen. Das hat dazu geführt, dass der Strompreis in Österreich 2022 durchschnittlich um 26 Euro pro Megawattstunde höher lag als in Deutschland. Daraus ergibt sich eine zusätzliche Belastung von über einer Milliarde Euro für heimische Verbraucher.

Lösungen für dieses Problem sind der beschleunigte Ausbau von Erzeugungsanlagen und vor allem der Netzinfrastruktur, national wie europäisch. Physische Engpässe müssen behoben werden, um den Strombinnenmarkt zu vollenden.

"Diversität wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit"

Anlässlich des Starts eines Diversitätspreises der Industriellenvereinigung sprechen Infineon-Austria-CEO Sabine Herlitschka und Greiner-CEO Axel Kühner über die Chancen und Herausforderungen von Diversität in Unternehmen.

Mehrere Studien belegen einen Zusammenhang zwischen Diversität und Geschäftserfolg. Sehen Sie das auch in Ihrem Unternehmen?

Sabine Herlitschka: Wir sehen das in unseren Unternehmen, aber vor allem sieht man das schon seit Jahren in Studien und ich bin es gewohnt, evidenzbasiert zu arbeiten. Heute weiß man, dass Wettbewerbsfähigkeit sehr wesentlich durch Diversität unterstützt wird. Warum? Wir arbeiten in der Mikroelektronik an sehr komplexen Fragestellungen; je unterschiedlicher die Leute sind, die darauf schauen – egal ob in Geschlecht, Nationalität, Kultur oder Alter –, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, zu besseren Lösungen zu kommen

Neben den vielen Vorteilen gibt es sicher auch Herausforderungen, die mehr Vielfalt in Teams mit sich bringt?

Axel Kühner: Wenn man unterschiedlich ist, gibt es immer Diskussionen, und die tun manchmal auch weh. Am Ende sind diese Diskussionen aber gut; das gilt auch im privaten Umfeld. Es braucht manchmal eine Diskussion und unterschiedliche Sichtweisen, um weiterzukommen. Wenn man unterschiedliche Meinungen hat, muss man Dinge erst diskutieren, bevor es losgeht, aber genau das macht es wertvoll.

Herlitschka: Diversität kommt nicht von alleine. Diversität ist Arbeit, da hat Axel

Kühner recht. Es braucht Zeit, es braucht Verständnis, man muss zuhören können. Gleichzeitig beobachte ich aber, dass wir im Vorfeld von Entscheidungen so viel diskutieren und hinterfragen, dass die Entscheidung danach nichts mehr aus der Bahn bringt. Am Anfang dauert es also etwas länger, dafür ist man später viel schneller, weil man ganz viele Aspekte durchdacht hat und damit perfekt vorbereitet ist.

Den Studien zufolge macht Diversität im Topmanagement den größten Unterschied. In Österreich sind die Führungsetagen in großen Unternehmen noch sehr männlich geprägt. Warum ändert sich das so langsam und wie kann man das fördern?

Kühner: Was sind normalerweise die Voraussetzungen, die es braucht, um ins Topmanagement zu kommen? Die Erfahrung ist dabei wichtig. Wenn es aber wenige Frauen gibt, die diese Art von Karrieren machen können, ist es auch schwieriger, Frauen mit einer vergleichbaren Berufserfahrung zu finden. Man muss also bereit sein, diese Wege sehr früh zu fördern und auf der anderen Seite bei der Auswahl auch andere Kriterien anzusetzen. Wenn man bereit ist, die eigenen Kriterien und Profile aufzubrechen, wird es einfacher.

Herlitschka: Von den 56 börsennotierten Unternehmen in Österreich haben wir knapp 200 Vorständinnen und Vorstände,



davon sind nur 17 Frauen. Von diesen 17 sind fünf CFOs und vier CEOs. Das ist heute der Stand in Österreich. Es gibt gute Frauen. Interessant ist, dass diese Frauen bei der Einführung einer Quote auf einmal viel leichter gefunden werden. Ich finde die Quote in Aufsichtsräten gut, in Vorständen aber nicht. Es braucht auch ein starkes unternehmerisches Element. Es muss im Interesse des Unternehmenserfolgs sein, mehr Diversität in den Vorstand zu bringen.

Kühner: Wenn wir neue Technologien fördern wollen, ist es normal, das mit politischer Unterstützung zu machen. Die Energiewende wird auch durch politisch gesteuerte Förderungen angetrieben. Wenn das Ziel das richtige ist, muss man solche Eingriffe manchmal akzeptieren.

Abseits des Geschäftserfolgs – tragen Unternehmen auch eine Verantwortung, die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden?

Kühner: Wir alle sind ein integrativer Teil der Gesellschaft und übernehmen damit einen Teil der Verantwortung. Das kommt in Diskussionen oft zu kurz. Es wird dann von "der Wirtschaft" gesprochen, als wäre das etwas Abstraktes. Wer ist denn nicht Teil der Wirtschaft? Damit sind wir auch mitten in der Gesellschaft und haben Verantwortung, weil viele Menschen in unseren Betrieben arbeiten.

Herlitschka: Genauso ist es, und ich möchte das unterstreichen: Es ist ungesund, wenn Gesellschaft und Wirtschaft immer als etwas Getrenntes betrachtet werden. Wenn die Zeiten anspruchsvoller werden, sieht man das deutlich. In der Pandemie waren Unternehmen oft wichtige Referenzpunkte, weil wir für und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort sind. Wir haben viel Übersetzungsarbeit gemacht, was die Regeln angeht. Wir geben das Beispiel, wie zeitgemäßes Arbeiten und Leben – man lebt auch während der Arbeit – aussehen kann.

Tue Gutes und sprich darüber – worauf sollte man bei der Kommunikation von Diversitätsstrategien und -erfolgen achten, um Vorwürfe des "Purplewashings" zu vermeiden?

Herlitschka: Man sollte die Dinge, die man tut, auch zeigen. Es ist wichtig, nicht nur kompliziert über das Thema zu reden, sondern Rollenmodelle zu schaffen. Es gab eine gewisse Mode, über Diversität zu sprechen; heute sind wir in einer Phase, in der es darum geht, die Dinge auch zu zeigen. Genau deshalb haben wir als Industriellenvereinigung einen Diversitätspreis ins Leben gerufen. Ich freue mich auch, dass Axel Kühner und ich gemeinsam dafür stehen - auch das ist Diversität; nicht nur aufgrund des Geschlechts, wir bringen viel Unterschiedlichkeit an den Tisch. Der Industrie wird manchmal vorgeworfen, zu verzopft und traditionell zu sein. Das sind wir nicht. Genau das wollen wir mit dem Diversitätspreis zeigen.

Kühner: In der Kommunikation ist es immer wichtig, dass man transparent ist. Man darf nicht so tun, als gäbe es die dunklen Seiten nicht. Dort, wo wir Defizite haben, muss man sie auch ansprechen. Dennoch ist es sehr wichtig, zu zeigen, dass es bei uns so viele Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, die etwas Positives tun und damit Veränderung bewirken. Der Diversitätspreis soll auch zeigen, dass es sich lohnt, mutig zu sein und es anders zu machen.



Der IV-Diversitätspreis "Spektrum" wird heuer zum ersten Mal an Industrieunternehmen vergeben, die sich besonders für Diversität im Betrieb einsetzen.





Die TU München zählt dank des Startup- und Spin-off-Hubs "UnternehmerTUM" zu den führenden Zentren für Gründung und Innovation in Europa.

"UnternehmerTUM" gilt als Best Practice für universitäre Innovations- und Gründungszentren. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

Philipp Gerbert: Die Ingredienzien des Erfolgs waren passionierte Personen, allen voran CEO Helmut Schönenberger, eine stetig erstarkende "unternehmerische" TU München, eine unbeirrbare Gesellschafterin, Susanne Klatten, und die Schaffung eines eng vernetzten Ökosystems aus Forschung, Gründern, Unternehmern, Kapital und Politik und – last, but not least – eine attraktive Stadt, denn die Gründer müssen ja auch bleiben. Ich würde es nicht als ,Rezept' bezeichnen; manches ist ,Serendipity'. Daher muss auch jede Region ihre eigenen Stärken suchen respektive bauen.

Die "UnternehmerTUM" bietet ein breites Angebot für Ausgründungen aus der TU München an. Was waren die Beweggründe, darüber hinaus gezielt themenspezifische Venture Labs mit der TU und Industriepartnern einzurichten?

Die TUM Venture Labs zielen auf die Stärkung von Deep- Tech- und Life- Sciences-Gründungen. Hierzu braucht man eine starke

Infrastruktur - deshalb sind wir noch stärker in die TUM integriert. Zudem muss man Entrepreneurship mit domänenspezifischen Markt- und Technologiekenntnissen verbinden - deshalb haben wir Managing-Direktoren, welche von Aerospace bis Food-Agro, von Quantum bis Robotik, von Energy bis Healthcare und mehr diese drei Komponenten vereinen, und viel Unterstützung aus der Industrie. Das Einzigartige ist jedoch: Es ist keine Ansammlung isolierter Labs, sondern eine integrierte Organisation. Damit werden etwa Additive Manufacturing in Aerospace, Food oder im Bau, Quantum Sensing in der Chemie, Robotik und Al in Healthcare, in meiner Sicht die Hotspots der Innovation, optimal unterstützt.

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl der Gründungen von universitären Spin-offs bis 2030 zu verdoppeln. Was braucht es aus Ihrer Sicht, damit mehr Deep-Tech-Spin-offs

Die Universität muss voll dahinterstehen, es sollten unbedingt private Unternehmer und weitere Unterstützer gefunden werden, und

ZUR PERSON

Philipp Gerbert ist Geschäftsführer der TUM Venture Labs, eines Joint Ventures von Technischer Universität München und "UnternehmerTUM", und Beirat von appliedAl. Davor war er 15 Jahre lang BCG Senior Partner.

die Politik muss die Freiheitsgrade schaffen und fallweise bei der Anfangsfinanzierung unterstützen.

Sie sind Quantenphysiker, Experte in Energietechnologien beziehungsweise Climate Action und zugleich Beirat von appliedAI - drei Technologiefelder in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Wie kann Europa in Schlüsseltechnologien der Zukunft erfolgreich sein?

Die Politik kann drei Dinge machen. First, do no harm: Die angstgetriebene Regulierungswut der EU, von Biotech bis AI, treibt immer noch einen Teil unserer besten Gründer in die USA. Zweitens: Unterstützung



von Gründerzentren-Hubs - dies ist ein Hub & Spoke Business -, möglichst jenseits des "staatlichen Bereichs". Zudem: Auftreten als Käufer für Prototypen in strategischen Feldern, etwa Aerospace oder Energy, wie die USA es tun. Drittens: Auf der Kapitalseite würden Investmentmöglichkeiten von Pensionsfonds und eine bessere Behandlung von Mitarbeiterbeteiligungen helfen.

Eine zentrale Rolle bei der Kommerzialisierung von Zukunftstechnologien spielt die Verfügbarkeit von Risikokapital. Wie sehen Sie hier die Rolle der europäischen Industrie?

mit mehr Chancenfreude bei Aufträgen an Startups zu engagieren, Gründerzentren und Inkubatoren zu unterstützen und sich als Mentoren und Partner zu engagieren - ein starkes Ökosystem hilft allen. Auf der Kapitalseite sehe ich eher Risikokapital und Einzelpersonen, meist erfolgreiche Unternehmer; Firmen sind traditionell keine guten Finanzinvestoren.





Weitere Informationen finden Sie unter: www.tum-venture-labs.de



EVENT-TIPP IV-Forum Digitale Transformation

Am 24. Oktober findet das 3. IV-Forum Digitale Transformation im Haus der Industrie in Wien statt. Im Rahmen der jährlichen IV-Digitalisierungsveranstaltung diskutieren nationale und internationale Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu "Künstliche Intelligenz und rechtliche Rahmenbedingungen" sowie "Manufacturing-X und Daten". Thematisiert werden dabei u.a. die stark ansteigenden Möglichkeiten von KI-Lösungen für die Industrie, die zunehmende Regulatorik durch den Al Act der Europäischen Union sowie die Wertschöpfungspotenziale der Datennutzung und welche Rolle Initiativen wie Manufacturing-X dabei zukommt.



EUROPA AM WENDEPUNKT

Das geopolitische Machtgefüge der Welt verändert sich – Europa muss sich auf seine Stärken besinnen, wenn es eine wichtige Rolle im neuen Spiel der Mächte einnehmen will.

uropa muss sich seiner Stärken besinnen und sie ausbauen, wenn es in einer neuen multipolaren Welt eine Rolle spielen will. Die Weltordnung andert sich in schnellen Schritten: Kooperationspartner wie die BRICS-Staatengemeinschaft eint trotz aller Unterschiede der Gedanke, ein Gegenmodell zum Westen etablieren zu wollen. Freiheit und Demokratie haben in einigen dieser Länder kein Monopol auf wirtschaftliche Erfolgsgeschichten, das bringt das Wohlstandsnarrativ der EU und befreundeter Demokratien unter Druck. Neben diesem Rütteln an den gesellschaftlichen Grundfesten des alten Kontinents bringen die Verschiebungen in der Weltordnung Lieferketten ins Wanken und wirtschaftspolitische Herausforderungen bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie,

Rohstoff-Muskelspiele geht: Mit August hat das Land die Ausfuhr von Gallium und Germanium beschränkt, diese Mineralien sind für die Halbleiter-, Telekommunikations- und Elektrofahrzeugindustrie von entscheidender Bedeutung. Die EU bezieht 71 Prozent ihres Galliums und 45 Prozent ihres Germaniums aus China.

Die Kontrolle kritischer Versorgungsketten könnte in Zukunft immer öfter genutzt werden, um politische - oder vielleicht sogar militärische - Ziele durchzusetzen. Um dem nicht hilflos ausgeliefert zu sein, braucht die EU aus Sicht der Industrie dringend mehr Tempo beim Abschluss und der Stärkung internationaler Handelsallianzen. Das betrifft das Abkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern, aber auch Partnerschaf-

"Es gibt unzählige eindrucksvolle Beispiele für wissenschaftliche Errungenschaften, die einen großen wirtschaftlichen Wert generieren; ein eindeutiger Beleg dafür, dass Europa zu Recht weiterhin in bahnbrechende Forschung investiert, um wettbewerbsfähig zu bleiben."

Maria Leptin, Präsidentin European Research Council, am Salzburg Summit

die die Basis des Wohlstands in Europa ist. "iv-positionen" beleuchtet drei Stärkefelder, auf die Europa die Scheinwerfer seiner Aufmerksamkeit richten sollte, um wieder eine wichtige Rolle auf der globalen Bühne einnehmen zu können.

Strategische Autonomie und starke Partner

In der grünen und digitalen Doppeltransformation liegen – richtig gemacht – für Europa große Chancen; hier kann der Kontinent mit Stärken punkten. Für die Umsetzung und den "laufenden Betrieb" der transformierten Wirtschaft und Infrastruktur braucht es jedoch Rohstoffe und Komponenten aus anderen Weltregionen. Die Gefahr dabei liegt in einseitigen Abhängigkeiten von einzelnen oder wenigen Lieferanten - das musste die EU und insbesondere auch Österreich bei Russland als Erdgaslieferant schmerzhaft lernen. China zögert nicht, wenn es um

ten wie beispielsweise mit Australien, das derzeit sein gesamtes Lithium nach China exportiert und intensiv an der Herausforderung der Rohstoffweiterverarbeitung arbeitet, um das ändern zu können. Für Europa muss das Ziel eine strategische Autonomie sein, die ausreichend Handlungsspielraum lässt, wenn ein Glied in der Kette wegbricht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist es,



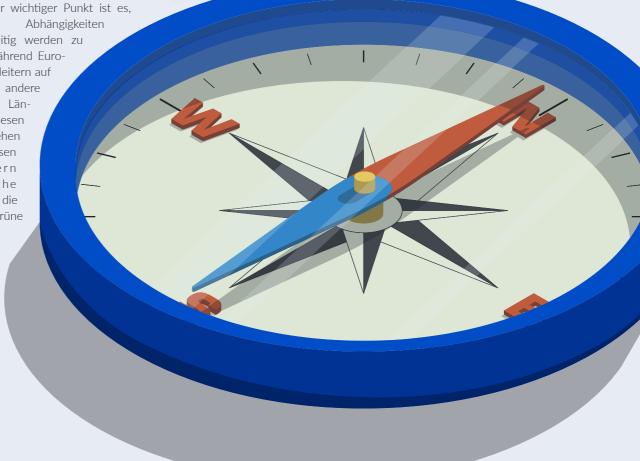
"Europa steht vor einem Wendepunkt – wird die EU ein globales Vorbild werden oder ein Mitläufer bleiben? Es ist wichtig, Europa wieder zu einem attraktiven Standort für Investitionen zu machen. Deshalb brauchen wir eine aktive europäische Industriepolitik, die auf die aktuellen Realitäten antwortet."

IV-Präsident Georg Knill am Salzburg Summit.

Transformation auf der ganzen Welt essenziell sind; Mikrochips, die auch in Österreich produziert werden.

Innovation und Technologien

Es war einst die technologische Innovationskraft, die Europa im 19. Jahrhundert eine stürmische Industrialisierung brachte und dem vergleichsweise rohstoffarmen Kontinent damit eine globale Führungsrolle sicherte. Das war der Anfang einer großen europäischen Erfolgsgeschichte, mittlerweile jedoch dominieren andere Länder das Rennen um die technologische Vorherrschaft allen voran die USA und China. Angesichts geopolitischer Dynamiken, unsicherer Lieferketten und zentraler Herausforderungen wie der grünen und digitalen Transformation ist es höchste Zeit, die vorhandenen Stärken Europas in Forschung, Technologie und Innovation klar auszubauen. Dabei gilt es, Innovationen aus der Grundlagenforschung konsequent in global erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen umzuwandeln. "Die Schlüsseltechnologien der Zukunft sichern die technologische Souveränität und damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas und Österreichs. Dabei sind die Forcierung der Zusammenarbeit in Ökosystemen aus Wissenschaft, Startups und Industrie sowie der Ausbau des Risikokapitalmarkts entscheidende Faktoren", so





zentrale Botschaft der Content Session des Vereins zur Förderung von Forschung und Innovation (VFI) und der IV im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach.

In der Grundlagenforschung ist Europa bei anspruchsvollen Technologien wie Quantencomputing und der Krebsimmuntherapie gut aufgestellt, dann fehle es aber an Fachkräften und langfristiger Finanzierung zur Weiterentwicklung und Kommerzialisierung, waren sich die Diskutantinnen und Diskutanten einig. Gerade für forschungsintensive Innovationen im Deep-Tech-Bereich braucht es einen langen Atem bei der Finanzierung - ein Punkt, in dem andere Weltregionen besser sind. "Daher müssen wir in Österreich und Europa unsere Anstrengungen erhöhen und mutig investieren, um technologieintensive Innovationen rascher und zielgerichteter in den globalen Markt zu bringen. Wir brauchen hier langfristige Strategien und klare Zielbilder auf nationaler wie auf EU-Ebene", betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

"Um unsere Leit- und Zukunftsbranchen zu stärken und auszubauen, müssen wir die Technologiepolitik auch europäisch denken, europäische Initiativen für Schlüsseltechnologien gezielt nutzen und dafür Weichen im nationalen Herbst-Budget stellen", so IV-Präsident Georg Knill bei einem Round Table zwischen Industrie und Politik anlässlich der Europe in the World Days in Alpbach. Das betrifft insbesondere europäische Initiativen wie den EU-Chips-Act, der F&E wie Investitionen umfasst, IPCEI und die Beteiligung an ESA-Wahlprogrammen. Ebenso müssen die FFG-Basisprogramme mit ihrer hohen Radarfunktion ausgebaut werden, um die erhöhte Nachfrage durch Transformationsprojekte zu decken. Auch braucht Österreich starke KI-Ökosysteme aus Wissenschaft und Wirtschaft, um die Potenziale zahlreicher Anwendungsfelder der künstlichen Intelligenz gezielt für den österreichischen Produktionsstandort zu nützen.

Qualifizierte Fachkräfte

Für die Absicherung einer gewissen strategischen Autonomie und der Weiterentwicklung und Kommerzialisierung von Innovationen braucht Europa vor allem eines: qualifizierte Fachkräfte. Allein in Österreich fehlen beispielsweise 40.000 MINT-Talente, und in wenigen Jahren kommen nochmals knapp 60.000 offene Stellen allein in den Schlüsseltechnologien dazu. Da die Bevölkerung schrumpft und in ihrer Struktur älter wird, ist einer der Schlüssel in diesem Bereich Migration. Bisher taugt diese in Europa zwar, den demografischen Wandel auszugleichen, sie bietet aber nur in einzelnen Ländern Linderung für die angespannte Lage am Arbeitsmarkt. Grund dafür ist unter anderem das niedrige Bildungsniveau von Flüchtlingen. Ein Schlaglicht auf das Problem wirft der jährliche Integrationsbericht für Österreich, der im August wieder präsentiert wurde: 70 Prozent jener Flüchtlinge, die im Jahr 2022 den Status als Asyl- oder subsidiär Schutzberechtigte erhielten und an einem Deutschkurs des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) teilgenommen haben, mussten einen Alphabetisierungskurs besuchen. Die Hälfte davon konnte nicht einmal in der eigenen Muttersprache lesen und schreiben. Auf Menschen mit guter Ausbildung üben Europa und Österreich eine geringere Anziehungskraft aus.

Die Probleme sind bekannt; sei es die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse, die lange Genehmigungsdauer, die Notwendigkeit sprachlicher Nachweise, auch für Berufe, in denen Englisch gesprochen wird, oder die hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit und die damit einhergehenden im internationalen Vergleich niedrigeren Nettolöhne. Im Rennen um internationale Fachkräfte in Wirtschaft und Wissenschaft geht es nicht nur um das Thema "EU gegen den Rest der Welt" – auch innerhalb Europas verschärft sich der Wettbewerb und die Voraussetzungen sind ungleich verteilt. Der OECD-Index "Indicators

of Talent Attractiveness" umfasst verschiedene Faktoren, die für qualifizierte Migranten bedeutsam sind, und zeigt, dass Österreich vergleichsweise wenig attraktiv ist: Im Ranking landet Österreich auf Platz 26 von 38 Industrieländern. Angeführt wird die Liste von Neuseeland, Schweden und der Schweiz; Deutschland landet auf Platz 15. Gründe für das schlechte Abschneiden Österreichs sind laut Auswertung vor allem die hohe Ablehnungsquote von Visaanträgen, die eher geringe gesellschaftliche Akzeptanz bzw. die häufige Beschäftigung unter dem

"Es gibt keine strategische Autonomie ohne Offenheit und keine wirtschaftliche Sicherheit ohne Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Eine ehrgeizige Handelspolitik ist von grundlegender Bedeutung, um geopolitische Risiken zu mindern und die wirtschaftliche Sicherheit und Widerstandsfähigkeit Europas durch Marktdiversifizierung zu erhöhen."

Markus Beyrer, Director General BusinessEurope, am Salzburg Summit

Qualifikationsniveau von Migrantinnen und Migranten und die hohe Steuerbelastung des Faktors Arbeit. Laut Experten wird allein in Österreich in den nächsten zehn bis zwölf Jahren eine Lücke von rund 540.000 Erwerbstätigen entstehen. "Ohne qualifizierte Zuwanderung werden wir den Arbeitskräfteund Fachkräftemangel schon alleine wegen der Demografie nicht in den Griff bekommen. Es braucht rasch eine politische Strategie und einen gesellschaftlichen Konsens, qualifizierte Arbeitskräfte aktiv anzuwerben und sie dauerhaft in Österreich zu integrieren", sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.



Mit Industrie-Leitbetrieben in Richtung Zukunft

Eine neue Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung untersucht die Rolle von Industrie-Leitbetrieben für Forschung, Technologie und Innovationen in Österreich. Diese Unternehmen stehen alleine für rund 41 Prozent der gesamten F&E-Aufwendungen Österreichs.

n einer Welt, die mit immer neuen Herausforderungen zu kämpfen hat, avancieren Forschung, Technologie und Innovationen (FTI) zu Hoffnungsträgern für eine lebenswerte Zukunft - denn egal, ob es um die Bewältigung der Twin Transition, um medizinische Lösungen für eine alternde Gesellschaft, die Eroberung des Weltraums oder das Streben Europas nach mehr Souveränität geht: Technologie und Innovation rücken überall immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Welche Rolle Industrie-Leitbetriebe für FTI in Österreich spielen, wurde im Rahmen einer neuen IV-Studie durch das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) untersucht.

Leitbetriebe sind standortmobile Entscheidungszentralen internationaler Unternehmen in Österreich. Sie sind hochgradig mit anderen Akteuren am Standort vernetzt und lösen damit hohe Multiplikatoreffekte in der Volkswirtschaft aus. Die 275 bislang in Österreich identifizierten Industrie-Leitbetriebe

zeichnen damit nicht nur für rund eine Million Beschäftigungsverhältnisse und rund ein Viertel der heimischen Wertschöpfung verantwortlich; sie sind auch die Schlüsselakteure im FTI-System Österreichs. So investieren allein diese 275 Unternehmen rund 5,3 Mrd. Euro pro Jahr in F&E, was rund 41 Prozent der gesamten F&E-Aufwendungen Österreichs entspricht. Auch die Covid-Krise hat diesem hohen F&E-Engagement keinen Abbruch getan, denn selbst in den schwierigen Coronajahren haben die Leitbetriebe ihre F&E-Ausgaben weiter erhöht: um +2,7% (2020), +4,1% (2021) und +10,1% (2022). Leitbetriebe halten damit auch in stürmischen Zeiten ihren Innovationskurs; auch im Vertrauen darauf, dass die Politik diese Anstrengungen würdigt und die Weichen am Standort Richtung Zukunft stellt.

Leitbetriebe agieren aber nicht als Inseln im Innovationssystem, sondern sind hochgradig mit anderen nationalen und internationalen Akteuren vernetzt; Kooperationen

Leistungsbilanz von 275 Industrie-Leitbetrieben in Österreich Direkte, indirekte und induzierte Effekte und Anteile an der Gesamtwirtschaft, 2021 Produktion 220 Mrd. (30%) Wertschöpfung 84 Mrd. (23%) Beschäftigungsverhältnisse 1.008.000 (21%) Arbeitnehmerentgelte 42 Mrd. (21%) Arbeitnehmerinduzierte Abgaben 19 Mrd. (21%) Investitionen 24 Mrd. (24%) 5,3 Mrd. (41% gesamt bzw. 63% F&E-Ausgaben Unternehmenssektor)

sind der wesentliche Schlüssel zu ihrem Technologieerfolg. Drei von vier Unternehmen arbeiten intensiv mit Hochschulen zusammen, die ihre wichtigsten Kooperationspartner im F&E-Bereich darstellen – aber auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen (z.B. dem AIT), Startups, Zulieferern und Kunden wird kooperiert. Diese Kooperationsbeziehungen haben sich zum Teil schon in der Covid-Krise intensiviert und werden in den nächsten Jahren weiter deutlich ausgebaut werden.

Kooperationen stärken alle Partner. Sie lösen "Spillover-Effekte" aus, wodurch technologische Fortschritte und Know-how auf andere Branchen, Akteure und Regionen übertragen werden. Um die Größenordnung der Spillover-Effekte durch Leitbetriebe abschätzen zu können, wurden ihre Kooperationsaufwendungen analysiert und mit jenen anderer Unternehmen verglichen. Die Ergebnisse beeindrucken:

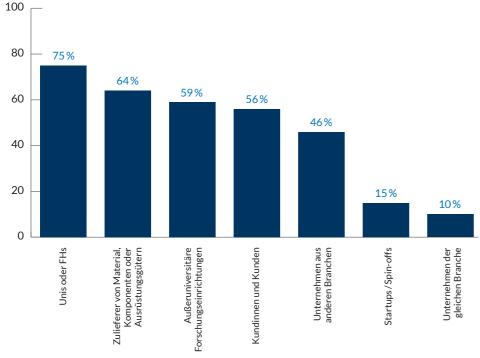
• In Österreich wird jeder Euro firmeneigener F&E mit 17 Cent aus dem öffentlichen Sektor unterstützt (zum Beispiel durch Förderungen). Im Gegenzug stellt der Unternehmenssektor von jedem F&E-Euro rund 14 Cent für Kooperationen im nicht firmeneigenen F&E-Bereich bereit.

• Bei Leitbetrieben manifestieren sich sogar noch ausgeprägtere Spillover-Effekte - von jedem Euro an F&E-Ausgaben der Leitbetriebe fließen 18 Cent in Kooperationen im nicht firmeneigenen F&E-Bereich.

Damit zeigt sich nicht nur, dass durch die öffentliche Unterstützung von Unternehmens-F&E grundsätzlich das gesamte FTI-System in Österreich gestärkt wird, sondern es wird auch deutlich, dass Leitbetriebe anteilsmäßig sogar mehr F&E-Mittel für Kooperationen mit anderen Einrichtungen bereitstellen, als sie über öffentliche Förderungen erhalten. Die Politik ist gefordert, diese einzigartige Unternehmensgruppe mit ganzer Kraft bei ihrem Engagement zur Entwicklung von Zukunftslösungen zu unterstützen.

	iii al-Frojekten koopenert wurde
00	

Partnerinnen und Partner, mit denen in den letzten drei Jahren



F&E-Ausgaben der Leitbetriebe	
2020	+ 2,7%
2021	+ 4,1%
2022	+ 10,1%

Neue MINT-Studienplätze an Fachhochschulen lindern Fachkräftemangel

Insgesamt will der Bund bis 2025/26 mehr als 1.000 zusätzliche FH-Studienplätze in den Bereichen MINT, Digitalisierung und Nachhaltigkeit finanzieren.

er Mangel an qualifizierten Fachkräften ist in Österreich in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen besonders stark - ein Problem, das sich in den kommenden Jahren verschärfen könnte: Die heimische Industrie rechnet mit einem Plus von 55.500 neuen hoch qualifizierten Jobs im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) bis 2025 - fast 29.000 allein im IKT-Bereich. Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Nachricht, dass mit dem aktuellen Wintersemester

350 zusätzliche MINT-Fachhochschulplätze in Österreich geschaffen wurden; der Löwenanteil der Plätze an fünf Fachhochschulen in Wien, Niederösterreich und Tirol entfällt auf den Bereich Informatik. Bildungsminister Martin Polaschek hatte Anfang Juli die Vergabe von 286 Bachelor- und 64 Master-Studienplätzen an FH Technikum Wien, FH Campus Wien, IMC Fachhochschule Krems, FH St. Pölten und MCI Innsbruck festgelegt. "Diese zusätzlichen 350 Fachhochschulplätze sind eine wichtige Initiative zur Linderung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich",

sagt Gudrun Feucht, stv. IV-Bereichsleiterin für Bildung und Gesellschaft.

FHs als wichtige Partner der Industrie

Die IV hat sich in den vergangenen Jahren intensiv für einen Ausbau des FH-Sektors im MINT-Bereich eingesetzt. "Die österreichischen Fachhochschulen sind eine bildungspolitische Erfolgsgeschichte und unverzichtbare Bildungsinstitutionen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels. Sie bieten attraktive und praxis- und berufsorientierte Ausbildungsangebote, die jungen

Menschen eine ausgezeichnete Ausbildung, verbunden mit einer schnellen und hohen Beschäftigungsfähigkeit, ermöglichen. Sie sind somit ein wichtiger und starker Partner der heimischen Industrie", so Feucht. Die 350 neuen Plätze sind Teil des Fachhochschul-Entwicklungs- und -Finanzierungsplans, der bis in zwei Jahren einen Ausbau von insgesamt zusätzlichen 1.050 bundesfinanzierten Studienplätzen für MINT, Digitalisierung und Nachhaltigkeit vorsieht. Bis 2027 will der Bund insgesamt 2.625 zusätzliche Plätze finanzieren.

Wohin mit dem CO₂? Grabt es doch ein!

Die Welt steht im (Klima-)Wandel und der ganze Planet sucht nach Lösungen. Es ist mittlerweile überall angekommen, dass der CO₂-Ausstoß einer der hauptverantwortlichen Treiber der Klimaveränderungen ist.

en meisten CO₂-Ausstoß verursachen die Sektoren Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Fieberhaft wird an alternativen Lösungen für den Energiesektor gesucht; mit Wind- und Solarkraftwerken sowie Wasserstoff ist man schon weit fortgeschritten, vorausgesetzt, man investiert in Infrastruktur und Weiterentwicklung. Dennoch ist es an der Zeit, sich Gedanken über die Verwendung bzw. Behandlung von CO₂-Emissionen zu machen. Es mag fantastisch sein, sich eine Welt ohne schädliche Mengen an CO, zu erträumen, realitätsnah ist das jedoch (noch) nicht. Es braucht eine Lösung für den CO₂-Ausstoß.

Ist Eingraben (technisch) die Lösung?

Eine der führenden Technologien ist Carbon Capture & Storage (CCS) oder auch Carbon Capture & Use (CCU). Als CCS werden mehrere Technologien zur Reduktion von Carbon-Emissionen durch Abscheidung (Capture) von Kohlenstoffdioxid (${\rm CO_2}$) aus industriellen Prozessen und die anschließende permanente Speicherung (Storage) im geologischen Untergrund bezeichnet. Die Technologien, um ${\rm CO_2}$ abzuscheiden, sind mittlerweile sehr weit fortgeschritten und ausgereift.

Im Idealfall werden die abgeschiedenen Gase über Pipelines oder den Transportweg an eine Lagerstätte verbracht, wo sie in weiterer Folge in eine Gaslagerstätte (ein Reservoir) injiziert werden. Dabei muss die Lagerstätte hohen Anforderungen – etwa, was das Gestein betrifft – entsprechen. Nach der Injektion verbleibt das CO₂ im Untergrund und wird dem Kreislauf entzogen. Die Speicherung als solche ist, nach Prüfung der jeweiligen Lagerstätte, mittlerweile als unbedenklich anzusehen – schließlich hat die Lagerstätte vor der CO₂-Injektion z.B. Erdgas über ein paar Jahrtausende sicher gespeichert.

CCU hingegen ist die kommerzielle Nutzung des abgeschiedenen CO₂ etwa zur Zementherstellung oder für die Kunststoffindustrie.

Was spricht dagegen?

Sowohl Island und Norwegen als auch die USA und Kanada setzen diese Lösung bereits um. Österreich hätte aufgrund der vorhandenen Infrastruktur (Pipelines) und geologischen Beschaffenheit der Lagerstätten nahezu ideale Voraussetzungen für CCS-Verfahren; auch beschäftigt sich die weltweit renommierte Montanuni Leoben mit der Lösung. Es ist daher – so könnte man meinen – angerichtet.

Was derzeit allerdings dagegen spricht, ist das Bundesgesetz über das Verbot der geologischen Speicherung von Kohlenstoffdioxid aus dem Jahr 2011. Laut diesem wäre die geologische Speicherung von CO. ausschließlich zu Forschungszwecken, limitiert mit 100.000 Tonnen, zulässig. Das Gesetz basiert auf der europäischen Richtlinie 2009/31/EG, in welcher es den Mitgliedstaaten freigestellt wurde zu entscheiden, ob man CCS verbieten will. Jedoch hat die Kommission bereits festgehalten, dass ein (nationales) Verbot nicht dazu führen darf, dass alle Verpflichtungen aus der Richtlinie nicht umgesetzt werden müssen. So wurde gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und es verpflichtet, Bestimmungen umzusetzen, die nicht die Speicherung, sondern z.B. den (sicheren) Transport von abgeschiedenem CO2 gewährleisten. Die Durchsetzung der nicht die (freigestellte) Speicherung betreffenden Bestimmungen zeigt, dass die Kommission grundsätzlich ein großes Interesse an der Umsetzung von CCS-Projekten hat.

CCU ist vom Verbot nicht umfasst und zulässig, aber mangels Wirtschaftlichkeit

noch kaum umgesetzt und nur sinnvoll, wenn die Energieversorgung aus erneuerbarem Strom stammt.

Wollen wir CO₂ eingraben?

Nach dem oben zitierten (österreichischen) Gesetz musste die Bundesregierung erstmals am 31. Dezember 2018 vorlegen. Danach ist es jeweils im Fünf-Jahre-Rhythmus notwendig, einen aktuellen Bericht über die Evaluierung des Verbots unter besonderer Berücksichtigung der international gewonnenen Erfahrungen dem Nationalrat zu präsentieren. Die nächste Vorlage muss 2023 erfolgen. Wie die diesjährige Evaluierung (und Entscheidung über das Verbot) ausfallen wird, hängt leider - wie so oft in Österreich - nicht von wissenschaftlicher Evidenz ab, sondern dem politischen Willen. Aufgrund der Involvierung unterschiedlich gefärbter Ministerien ist der Konsens, so liest man, noch nicht gefunden.

Im Ergebnis ist CCS wissenschaftlich und technisch bereits sehr weit ausgereift. Österreich bietet ideale Grundvoraussetzungen für eine Umsetzung. Das Abscheiden von ${\rm CO_2}$ führt zweifellos zu einem Beitrag gegen den Klimawandel – wir müssen es nur alle wollen.



WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Club1031: **www.club1031.at**.





Der 19. August war "Pension Overshoot Day" ...

Das restliche Jahr werden die Pensionen vom Staat gezahlt.

Wir haben nachgerechnet: Ab dem 19. August 2023 sind alle Einnahmen für Pensionen aufgebraucht. 195 Millionen Euro pro Tag (!) muss der Fiskus dann für das Pensionssystem bis Ende des Jahres aufwenden.

Wenig überraschend sind die staatlichen Pensionsausgaben mit 26 Milliarden Euro der größte Posten im Staatsbudget. Durch den im Gesetz verankerten Automatismus steigen die Ausgaben jedes Jahr stark weiter und es bleibt immer weniger Staatsbudget für notwendige Investitionen in unsere Zukunft.

Wir müssen uns langfristig ein neues, nachhaltig finanzierbares Pensionssystem überlegen, welches sich mehr an den eigenen geleisteten Beiträgen orientiert. Kurzfristig müssen wir Anreize schaffen, um Leute länger im Beruf zu halten. Dabei wären steuerliche Erleichterungen bei Arbeit nach Erreichen des Pensionsantrittsalters sowie der Entfall der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung ein gangbarer Weg. Ein Positivbeispiel eines anderen Systems finden wir beispielsweise in Schweden: Dort gibt es ein fixes Pensionskonto und für jeden Einzahler die Wahl zwischen unterschiedlichen Anlagefonds auf dem Kapitalmarkt. Dadurch passt sich das System automatisch an die demografischen und ökonomischen Entwicklungen an und bleibt finanziell stabil.

Wo sind die mutigen Politiker, die sich trauen, eine echte Pensionsreform anzugehen?

Julia Aichhorn, Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at

Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende

Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten

und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10× jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/BMK/Cajetan Perwein, IV-Kärnten/Eggenberger, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/wildbild, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/TIWAG/Winkler IV-Vorarlberg, IV-Wien/schreinerkastler.at

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen









Neuer Leitfaden für mehr betriebliche Kinderbetreuung in Vorarlberg

IV-Vorarlberg und WKV bringen in Kooperation mit Land und Gemeindeverband einen Info-Folder für Unternehmen mit Beschreibung der verschiedenen Modelle sowie konkreten Handlungsschritten heraus.



eim Thema Kinderbetreuung tut sich momentan einiges in Vorarlberg. Das neue Kinderbildungs--betreuungsgesetz, seit 1. Jänner dieses Jahres in Kraft, war zwar nicht der große Wurf, den sich viele, auch wir als IV, erhofft haben, dennoch war es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jedenfalls hat das Gesetz dafür gesorgt, dass das Thema medial wie auch politisch ganz weit oben auf der Prioritätenliste verankert wurde. Entsprechend bemüht sich nun eine Vielzahl von Organisationen und Institutionen um eine stete Verbesserung der Bildungs- und Betreuungslandschaft im Ländle. Um die ambitionierte Vision, Vorarlberg bis 2035 zum chancenreichsten Lebensraum für Kinder werden zu lassen, aber auch erreichen zu können, muss aber noch einiges getan werden. Das gilt vor allem für die Angebotsseite: Viele Eltern erleben Jahr um Jahr, wie schwierig es sein kann, einen angemessenen Betreuungsplatz für den Nachwuchs zu ergattern.

Unternehmerische Kinderbetreuung

Ein Ansatz, hier Verbesserungen zu erreichen, liegt im verstärkten Ausbau der betrieblichen Kinderbildung- und -betreuung, weswegen die IV-Vorarlberg gemeinsam mit der Wirtschaftskammer sowie in Koopera-

tion mit dem Land und dem Gemeindeverband nun einen umfassenden Info-Folder zu diesem Thema publiziert hat. Darin enthalten sind nicht nur ausführliche Beschreibungen über die diversen Modelle betrieblicher Einrichtungen sowie konkrete Handlungsschritte, an denen sich Unternehmen beim Aufbau orientieren können, sondern auch Links und Kontakte zu allen Förderungen und Organisationen, die Betriebe entsprechend beraten und unterstützen können.

Elmar Hartmann, Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg, erkennt in betrieblichen Einrichtungen den effizientesten Weg, schnell und von politischen Prozessen unabhängig Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. "Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Organisation von Kinderbetreuung eine ureigene Aufgabe der öffentlichen Hand ist, jedoch erkennen wir auch die damit verbundenen Herausforderungen für Land und Gemeinden. Mit der Forcierung von betriebsinternen Kinderbetreuungsplätzen wollen wir also Abhilfe schaffen und diesen wichtigen Prozess unterstützen."

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Dass eine gut ausgebaute Kinderbetreuung auf verschiedensten Ebenen absolute Priorität haben sollte, ist schon seit einiger Zeit

weithin bekannt. An oberster Stelle stehen selbstverständlich die Kinder selbst: Qualitative und allgemein verfügbare Kinderbildung- und -betreuung soll die Chancengleichheit unter den Kindern maximieren und Bildungsunterschiede minimieren. Aber auch Unternehmen - und somit Wirtschaft und Gesellschaft – profitieren enorm von gut ausgebauten Strukturen. "Unsere Industrie leidet massiv unter dem grassierenden Arbeitskräftemangel. Wenn wir es schaffen, die Wahlfreiheit für alle Eltern zu erhöhen, sodass es ihnen erleichtert wird, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, können wir diesen Arbeitskräftemangel zumindest etwas eindämmen", so Hartmann. Kinderbetreuung allein reiche zwar nicht, dem Mangel an Arbeitskräften gänzlich Einhalt zu gebieten - hierfür wird es nötig sein, auch auf andere Instrumente, beispielsweise vermehrt auf qualitative Zuwanderung, zu setzen -, jedoch ist deren Ausbau laut Hartmann der effizienteste und schnellstmögliche Schritt, den man in Vorarlberg setzen könne.

Best Practice aus Vorarlberg

Im Info-Folder, der an Betriebe in Vorarlberg ausgeschickt wurde und auch im Internet zum Abruf zur Verfügung steht (siehe QR-Code), werden drei Best-Practice-Beispiele aus Vorarlberg beschrieben, die dazu gedacht sind, anderen Betrieben als Inspiration zu dienen. Dabei wird auch klar, dass die Organisation von betriebsinterner Kinderbildung- und -betreuung nicht nur – wie oft angenommen – für große Unternehmen eine Option ist.

- Beim ersten Beispiel, dem Zwergengarten Kica in Dornbirn, haben sich zum Beispiel mehrere kleine Unternehmen zusammengeschlossen und einen externen Rechtsträger mit dem Aufbau und dem laufenden Betrieb einer Kinderbetreuung betraut. In Vorarlberg gibt es sehr viel Expertise in diesem Bereich und einige Organisationen haben sich darauf spezialisiert, Unternehmen bei solchen Unterfangen zu unterstützen.
- Auch beim zweiten Beispiel Getzners Buntstiftle – wurde in enger Kooperation mit einem externen Rechtsträger, der Stadt Bludenz, eine betriebsinterne Kinderbetreuung aufgebaut.
- Lediglich im dritten Beispiel, bei Alpla Kids in Hard, wurde ein eigener Rechtsträger gegründet. Im Endresultat ist zwar auch hier der laufende Betrieb vom Unternehmen entkoppelt, dennoch profitiert das Unternehmen natürlich vom gesteigerten Firmenimage und der Verfügbarkeit einer Kinderbetreuungseinrichtung, die auf die Bedürfnisse des Betriebs zugeschnitten ist.

"In Zeiten des intensiven Wettbewerbs unter Betrieben um die klügsten und fleißigsten Köpfe hat es natürlich einen enormen Mehrwert, wenn Eltern ihre Kinder im eigenen Betrieb sicher aufgehoben und dadurch stets in der Nähe wissen", so IV-Vorarlberg-Präsident Hartmann. Auch die Kosten halten sich für die Betriebe dank großzügiger Förderungen vonseiten des Bundes, des Landes und der Gemeinden in Grenzen. Natürlich gibt es Unterschiede von Fall zu Fall, auch variieren die Förderungen von Gemeinde zu Gemeinde, jedoch kann damit gerechnet werden, dass die Kosten für Personal und Investitionen zu einem signifikanten Teil von der öffentlichen Hand übernommen werden.

"In Summe bieten betriebliche Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen also viele Vorteile. Zweifellos wird nicht jedes Unternehmen in der Lage sein, eine solche auch tatsächlich zu verwirklichen. Das Ziel unseres Informationsfolders ist es aber, Betriebe grundsätzlich für diese Möglichkeit zu sensibilisieren und über die notwendigen Schritte und Bedingungen zu informieren", so Hartmann weiter. "Natürlich kann und sollte man aber nicht die ganze Verantwortung auf unsere Betriebe abwälzen. Die Politik wird in den kommenden Jahren noch einiges an Arbeit zu leisten haben, damit wir bis 2035 tatsächlich der chancenreichste Lebensraum für Kinder sind." Vor allem im Personalbereich warten noch einige Herausforderungen - womit wir wieder beim Arbeitskräftemangel angekommen wären.

"In Zeiten des intensiven Wettbewerbs unter Betrieben um die klügsten und fleißigsten Köpfe hat es natürlich einen enormen Mehrwert, wenn Eltern ihre Kinder im eigenen Betrieb sicher aufgehoben und dadurch stets in der Nähe wissen."

Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg

WEBTIPP

Zum neuen Info-Folder "Betriebliche Kinderbetreuung in Vorarlberg" geht's über den QR-Code (unten) oder direkt hier: https://tinyurl.com/2fchvnke



Industrie reduziert überdurchschnittlich Emissionen

Die überdurchschnittlichen CO₂-Einsparungen der Industrie machen deutlich, dass die Industrie nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist.

mweltministerin Leonore Gewessler und das Bundesumweltamt veröffentlichten am 17. August ihre Berechnungen zu den österreichischen Treibhausgasemissionen 2022. Die Zahlen zeigen, dass diese im Vergleich zum Vorjahr trotz eines deutlichen Wirtschaftswachstums in allen Bereichen – also Gebäudesektor, Verkehr, Landwirtschaft und Industrie – um 6,4 Prozent gesunken sind. "Dass die Industrie hier mit 7,2 Prozent Rückgang an CO₂-Emissionen überdurchschnittlich gut abschneidet, freut mich besonders und ist ein Beweis für den Beitrag, den die Industrie in Österreich und in Vorarlberg auf dem Weg zu einer immer ressourcenschonenderen Produktion leistet. Besonders hervorzuheben ist die produzierende Industrie, die satte 0,8 Millionen Tonnen einsparen konnte", so IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann. "Die überdurchschnittlichen

CO₂-Einsparungen der Industrie zeigen also ganz klar, dass die Industrie nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist!"

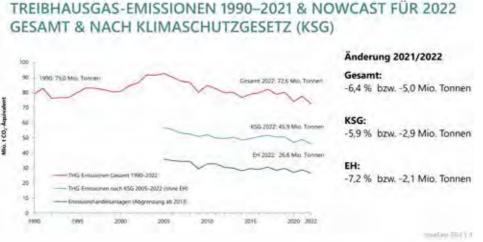
Die Zahlen zeigen, dass die Industrie als zuverlässiger Partner im Klimaschutz gesehen werden muss, nicht als Gegner. "Weitere positive Schritte in diesem Bereich sind nur möglich, wenn man in Kooperation mit der Industrie laufend Innovation schafft und notwendige Technologien gegen den

Klimawandel entwickelt. Dazu gehört allerdings, dass die Politik die Industrie in einem wettbewerbsfähigen Umfeld produzieren lässt und ihr keine erschwerenden und bürokratischen Steine in den Weg legt", fordert Hartmann.

"Dass die Industrie hier überdurchschnittlich gut abschneidet, ist ein Beweis für den Beitrag, den die Industrie in Österreich und in Vorarlberg auf dem Weg zu einer immer ressourcenschonenderen Produktion leistet."

> Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg





Ein halbes Jahr Expat Service Vorarlberg

Seit Anfang September besteht der von der IV initiierte und gemeinsam mit der WKV gegründete Expat Service Vorarlberg bereits ein halbes Jahr, in dem bislang mehrere Hundert Expats kontaktiert und schon 16 Veranstaltungen organisiert wurden.

orarlberg braucht für die Sicherung seines Wohlstands Fachkräfte aus dem Ausland, ebenso für sein Wirtschaftswachstum. 35.000 Jobs hängen bei uns von der Wertschöpfung internationaler Arbeitskräfte ab, die hier sowohl arbeiten als auch konsumieren.

Unterstützung für Expats

Für jene Menschen, die für ihren Beruf aus dem Ausland nach Vorarlberg ziehen, ist es nicht immer leicht. Zwar ist das Ländle ein besonders attraktiver Standort mit hoher Lebensqualität durch Natur, Berge und das gute Angebot an Unternehmen; dennoch warten hier zahlreiche Schwierigkeiten auf internationale Arbeitskräfte. Diese reichen von sprachlichen Hürden, etwa dem Dialekt, bis zur Bürokratie. Integration ist eine weitere Herausforderung: Wenn diese nicht gelingt, besteht das Risiko, dass die Expats Vorarlberg wieder verlassen. Dem entgegen wirkt seit März der Expat Service Vorarlberg, der mit seinem Angebot internationale Arbeitskräfte hier bei uns unterstützt.

Hindernisse

Organisatorische Hindernisse machen auch vor Expats in Vorarlberg nicht halt, und daher bekommen sie entsprechende Unterstützung. Manchmal ist etwa für einen Mietvertrag ein Bankkonto Voraussetzung – und für die Eröffnung eines Bankkontos ein Mietvertrag. Auch andere bürokratische Schritte, etwa das Ummelden der Haustiere, das Anerkennen ausländischer Führerscheine oder die Bearbeitung der Rot-Weiß-Rot-Karte, sind gefordert.

Die Mehrheit der Expats bringt außerdem den Partner nach Vorarlberg mit, die Hälfte kommt mit Kindern an. Deswegen sind auch Familien zu berücksichtigen – denn viele Fachkräfte, die aus dem Ausland zum Arbeiten nach Vorarlberg kommen, fühlen sich oftmals nicht gut integriert. Der Expat Service Vorarlberg hilft zum Beispiel bei der Wohnungssuche, bei der Auswahl der Schule, bei Behördengängen oder beim Zugang zu Sportvereinen.

Bekanntenkreis erweitern

Zu einem attraktiven Wohnort zählen natürlich auch soziale Kontakte – diese fehlen oft. Claudia Neumayr, GF des Expat Service: "Expats wollen sich integrieren, aber manchmal ist es nicht einfach. Sieben von zehn geben an, wenige einheimische Freunde zu haben. Das zeigt, dass sie sich schwertun, sich zu integrieren."

Der unerwartet große Andrang zur Expat-Service-Eröffnungsveranstaltung zeigte deutlich, dass in Vorarlberg ein großer Bedarf an sozialer Vernetzung für Expats

besteht. Dabei wurde auch ersichtlich, dass nicht nur Neuankömmlinge, sondern auch Menschen, die schon jahrelang hier zu Hause sind, ihren Bekanntenkreis gerne erweitern wollen. Seit März konnte der Expat Service Vorarlberg bereits insgesamt 16 Veranstaltungen erfolgreich durchführen, für den Herbst sind weitere zehn Termine geplant.

Wohlfühlen und bleiben

"Zwar sind viele der in Vorarlberg tätigen internationalen Fachkräfte sehr zufrieden mit ihrem Job, sie tun sich aber schwer, so richtig in Vorarlberg anzukommen. Sie fühlen sich oftmals sozial isoliert und empfinden es

als große Herausforderung, Freundschaften zu schließen, vor allem mit Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern", sagt Expat-Service-Community-Manager Jakob Sieber. "Unser Ziel ist es, das zu ändern und dafür zu sorgen, dass sich diese für unseren Standort so wichtigen Arbeitskräfte bei uns wohlfühlen und möglichst lang in Vorarlberg bleiben."

Betriebe können Mitglied werden

Beim Expat Service Vorarlberg können Betriebe Mitglied werden und damit auf dessen Leistungen zugreifen. Interessierte Betriebe sowie Expats und alle Interessierten finden weitere Infos und die Kontaktdaten unter www.expat-v.at/.



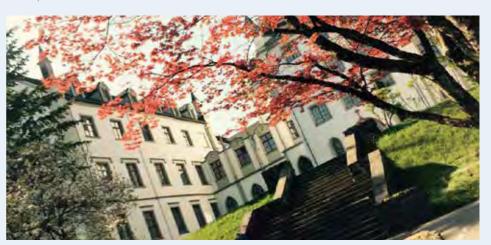
Internationale Schule Vorarlberg gestartet

it dem Schuljahr 2023/24 startet ein Leuchtturmprojekt im Ländle, das auf Initiative von IV und WKV entstanden ist: die Internationale Schule Vorarlberg im Sacré Coeur Riedenburg (https://schulenriedenburg.at/) in Bregenz. Sie ermöglicht es, neben der AHS-Matura das International Baccalaureate, eine international anerkannte Matura, abzulegen. Dabei kooperieren IV und WKV mit dem

Land Vorarlberg, der Vereinigung von Ordensschulen Österreichs (VOSÖ) und dem Sacré Coeur Riedenburg. Foto li. u., v. li.: Sacré-Coeur-Riedenburg-Direktorin Maria Strolz. VOSÖ-Vorsitzende Maria Haber-

sack, Landesrätin Barbara Schöbi-Fink, WKV-Präsident Wilfried Hopfner und IV-GF Christian Zoll. Viel Erfolg allen internationalen und Vorarlberger Schülerinnen und Schülern sowie ihren Lehrenden!





BAfEP Feldkirch goes Technorama

uf Einladung der IV war die Bildungsanstalt für Elementarpädagogik (BAfEP) Feldkirch im Swiss Science Center Technorama zu Besuch. Am 23. Juni machten sich die beiden vierten Klassen der BAfEP mit einem Reisebus, guter Jause und Musik auf den Weg ins Technorama in

Winterthur; dort angekommen wurde dann das alljährliche Gruppenbild gemacht. Nach einer kurzen, dafür aber sehr informativen und spannenden Einführung hieß es für die 4a und 4b: Erkundet selbst! Was in diesem Museum für Aufregung sorgte, waren die vielen Dinge, die selbst ausprobiert werden konnten – von optischen Täuschungen in Le-

bensgröße bis zum Herstellen eines eigenen Tornados und Riesenseifenblasen war alles dabei, nicht zu vergessen die unglaubliche Blitzshow, welche vor Ort bestaunt werden durfte. Auch das gute Wetter spielte allen in die Karten, wodurch die vielen verschiedenen Experimente und Veranschaulichungen im Außenbereich erkundet werden konnten.

Insgesamt war der Besuch im Technorama ein sehr gelungener Tag, und alle sind mit vielen neuen Erfahrungen nach Hause gekommen. Auch für die Arbeit als zukünftige Pädagogen im Kindergarten war die Exkursion sehr wertvoll, was sich gut durch folgendes Zitat beschreiben lässt: "Lernen ist Erfahren, alles andere ist Information." (Albert Einstein)





nıght

SAVE THE DATE

Am **12. Oktober** findet im Competence Center Rheintal im Millennium Park Lustenau die bereits 53. "innovation(night" statt – mit Dr. Thomas Monz (CEO AQT), zum Thema Quantum Computing.